

Sven Ebert

Vorbild Japan?

Studien der UN prognostizieren für Deutschland eine alternde und schrumpfende Gesellschaft, deren Lebenserwartung weiter steigt. In Japan sind diese demografischen Umwälzungen bereits vor dreißig Jahren geschehen. Ein Blick ins Land der aufgehenden Sonne zeigt uns, was ein solch enormer Wandel für eine Gesellschaft bedeutet und was wir daraus lernen können.



Dr. Sven Ebert

Dr. Sven Ebert forscht am Flossbach von Storch Research Institute zu den Themen Demografie, künstliche Intelligenz und Verhaltenswissenschaft.

Der demografische Wandel in Deutschland

Auf Deutschland kommen laut Vereinten Nationen in den nächsten Jahren drei demografische Trends zu: die Gesellschaft wird altern, die Lebenserwartung wird steigen und die Zahl der Einwohner wird schrumpfen. Der Druck auf die umlagefinanzierten Sozialsysteme wird sich durch den Renteneintritt der Babyboomer bis zum Jahr 2035 massiv erhöhen.

Simulationsrechnungen zu den finanziellen Herausforderungen des demografischen Wandels auf die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland gibt es viele. Wir liefern einen empirischen Vergleich mit Japan und leiten mögliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen für Deutschland ab. Wir zeigen welche politischen Weichenstellungen notwendig sind.

Der sprunghafte Anstieg des Altenquotienten, dem Verhältnis von Personen im Rentenalter zu Personen im erwerbsfähigen Alter, den uns die Pensionierung der Babyboomer nun beschert, hat sich in Japan bereits seit 1990 vollzogen. Deutschland und Japan sind zwar kulturell verschieden, aber eben auch beides hoch entwickelte Industrienationen. Grund genug, um einen vergleichenden Blick nach Nippon zu werfen.

Der japanische Weg

Die Ausgaben für Gesundheit, Rente und Pflege stellen heute immense Herausforderungen für den japanischen

Haushalt dar. Sie machen 90 Prozent der Sozialausgaben aus. Die Ausgaben verdreifachten sich seit 1990. Die staatlichen Zahlungen des umlagefinanzierten Rentensystems verdoppelten sich im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zwischen 1990 und 2010. Wurde 1990 noch einer von zwanzig Yen der Wirtschaftsleistung für Rentenzahlungen aufgewendet, ist es seit 2010 einer von zehn.

Die Ausgabensteigerungen gingen mit einer Umleitung der privaten Geldflüsse weg von Investitionen in den japanischen Kapitalstock hin zu Staatsanleihen einher. Der japanische Staat erzeugte eine unter Industrieländern einzigartige Verschuldung von 260 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und finanzierte damit Renten- und Gesundheitsleistungen. Der japanischen Volkswirtschaft fehlte das Kapital für Innovationen und so verzeichnete sie in den letzten drei Dekaden nur schwache Produktivitätszuwächse. Das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf wuchs zwischen 1994 und 2024 um nicht mal ein Prozent pro Jahr.

„Fehler, die man in Japan gemacht hat, sollte Deutschland nicht wiederholen: Eine Umleitung von privatem Investitionskapital in die staatlichen Sozialversicherungssysteme ging dort mit schwachem Wirtschaftswachstum einher, führte zu exorbitant hoher Staatsverschuldung und kann am Ende doch nur ein geringes gesetzliches Rentenniveau garantieren.“

Daneben hat sich die japanische Siedlungsstruktur und die Ausrichtung der Wirtschaft verändert. Weniger Menschen leben auf dem Land. Standen im Jahr 2000 zehn Stadtbewohnern noch drei Bewohner des ländlichen Raums

gegenüber, ist es seit 2010 nur noch einer. Und der ist dazu meist älteren Jahrgangs. Die (Finanz-)Wirtschaft hat zwischenzeitlich mit der „Silver Economy“ Menschen ab 55-Jahren als eigene Kundengruppe entdeckt. Das ist nachvollziehbar, befinden sich doch über 50 Prozent der privaten Vermögenswerte in Japan im Besitz von Menschen über 65 Jahren und 25 Prozent im Besitz von Menschen über 75 Jahren.

Lösungsansätze in Japan

Seit 2001 baut Japan innerhalb seines Umlagesystems eine Kapitalreserve für die gesetzliche Rente auf. So soll die Abhängigkeit der Umlagefinanzierung vom demografischen Wandel durchbrochen werden. Die Einzahlungen und eine jährliche Durchschnittsrendite von knapp 3,6 Prozent ließen die Reserve bis heute auf 1,3 Billionen Euro anwachsen. Das entspricht drei Jahren staatlicher Rentenzahlungen. Die Reserve soll weiter aufgebaut werden. Ab dem Jahr 2080 ist geplant sie zur Stützung der gesetzlichen Rente einzusetzen. Seit 2020 ist das Kapital jedoch nicht mehr ausschließlich der Altersversorgung verpflichtet, sondern wird auch für wirtschaftspolitische Zwecke eingesetzt. Die Hälfte des Kapitals muss auf Druck der Politik in japanische Aktien und Anleihen investiert werden, um die heimische Wirtschaft anzukurbeln.

Dazu arbeiten viele Japaner noch im Alter. Jeder zweite Japaner zwischen 65 und 69 Jahren geht noch einer Beschäftigung nach. Ein Grund dafür ist wohl das niedrige gesetzliche Rentenniveau. Trotz der massiven Schuldenaufnahme rangiert Japan mit einer Nettoersatzrate von unter 40 Prozent in einem OECD-Vergleich auf einem der hinteren Plätze.

Der zunehmenden Ausdünnung ländlicher Regionen begegnet Japan mit einer „Compact and Networked“-Strategie. Sie sieht vor, die Siedlungsstrukturen auf dem Land zu verdichten und an Knotenpunkten Gesundheits- und Behördenzentren einzurichten. Die Konnektivität dieser ländlichen Zentren untereinander und mit den Großstädten wird über eine funktionierende öffentliche Infrastruktur sichergestellt. Die Finanzwirtschaft fokussiert ihr Geschäft zunehmend auf Ruhestands- und Nachlassplanung. Das klassische (Immobilien)-Kreditgeschäft befindet sich auf dem Rückzug. Aufgrund des Mangels an jungen Fachkräften werden zusätzlich Anstrengungen unternommen auch ältere Kunden an digitale Lösungen für ihre Bankgeschäfte zu gewöhnen.

Ein guter Weg für Deutschland

Deutschland kann von Japan einiges lernen. Die Schuldenfinanzierung der Sozialsysteme sollten wir jedoch nicht

imitieren. Das wäre kommenden Generationen gegenüber unverantwortlich. Möchte man die Herausforderungen des demografischen Wandels ohne neue Schulden lösen, wird man jedoch eine längere Lebensarbeitszeit akzeptieren müssen. Das ist akzeptabel, da auch die Lebenserwartung in den letzten Jahren gestiegen ist. Dazu müssen wir über die Bündelung von öffentlichen Ressourcen im ländlichen Raum und mehr Digitalisierung von (Finanz-)Dienstleistungen nachdenken.

Die gesetzliche Rentenversicherung wird zukünftig nur als Basisabsicherung dienen können. Zur Wahrung des Lebensstandards im Alter gilt es, insbesondere für junge Menschen, kapitalgedeckt vorzusorgen. Versicherer und Finanzdienstleister können dies im Rahmen bestehender betrieblicher oder privater Vorsorge organisieren. Der Staat sollte dies, zum Beispiel durch nachgelagerte Besteuerung, fördern. Die Kosten der Anbieter und staatliche Regulatorik müssen im Rahmen bleiben.

Politik und Wirtschaft sind gefordert, Lehren aus der Riester-Rente zu ziehen. Die vom Finanzministerium eingesetzte Fokusgruppe hat bereits Vorschläge entwickelt. Nicht alles davon – insbesondere beim Thema Verrentung von Kapital – muss man als Aktuar teilen. Aufgrund der kommenden Herausforderungen bleibt der Vorstoß jedoch grundsätzlich begrüßenswert und eine breite Diskussion darüber unumgänglich.

Fazit

Der Blick nach Japan hat uns eine zentrale Herausforderung von Alterung und Bevölkerungsrückgang für die deutsche Gesellschaft klar gemacht: steigende Ausgaben für die umlagefinanzierten Sozialversicherungen. Kluge politische Weichenstellungen sind nötig, um insbesondere die Rentenversicherung zukunftsfest zu machen.

Fehler, die man in Japan gemacht hat, sollte Deutschland nicht wiederholen: Eine Umleitung von privatem Investitionskapital in die staatlichen Sozialversicherungssysteme ging dort mit schwachem Wirtschaftswachstum einher, führte zu exorbitant hoher Staatsverschuldung und kann am Ende doch nur ein geringes gesetzliches Rentenniveau garantieren. Zur Vermeidung von Wohlstandsverlusten im Alter gilt es daher, kapitalbildende Elemente in der Altersvorsorge zu stärken.

Damit dies geschieht, muss sich zügig ein Bewusstsein für unsere enormen Probleme entwickeln. Es ist gut, dass sich am Rentenpaket II und dem Generationenkapital eine Diskussion über unsere Alterssicherung entzündet hat. Aufgrund seiner enormen gesellschaftlichen Auswirkungen verdient der demografische Wandel jedoch einen noch höheren Stellenwert in der öffentlichen Diskussion.